

Ercheint täglich
früh 6 1/2 Uhr.

Redaction und Expedition
Johannstadtgasse 33.

Bestellungen der Redaction:
Vormittags 10-12 Uhr.
Nachmittags 4-6 Uhr.

Für die Rückgabe einzelner Nummern
kann man sich bei der Redaction nicht
verantwortlich machen.

Annahme der für die nächst-
folgende Nummer bestimmten
Inserate an Wochentagen bis
3 Uhr Nachmittags, an Sonn-
und Feiertagen früh bis 9 Uhr.

In den Filialen für Zus. Annahme:
Otto Riemer, Universitätsstr. 22.
Königliche Hofbuchhandlung, 18. p.
nur bis 1/3 Uhr.

Leipziger Tageblatt

und
Anzeiger.

Organ für Politik, Localgeschichte, Handels- und Geschäftsverkehr.

Kuflage 16,000.

Abonnementpreis viertelj. 4/2 Rthl.,
incl. Frangirlos 5 Rthl.,
durch die Post bezogen 6 Rthl.,
jede einzelne Nummer 25 Pf.
Belagerepliar 10 Pf.
Gebühren für Extrablätter
ohne Postbeförderung 25 Pf.,
mit Postbeförderung 45 Pf.

Inserate 5gr. Petitzeile 20 Pf.
Größere Schriften laut unserem
Preisverzeichnis — Tabellarischer
Zug nach höherem Tarif.

Kleinanzeigen unter dem Redactionsdruck
die Spaltzeile 40 Pf.

Inserate sind stets an d. Expedition
zu senden. — Rabatt wird nicht
gegeben. Zahlung procurrento
oder durch Postverrechnung.

Nr. 200.

Sonnabend den 19. Juli 1879.

73. Jahrgang.

Zur gefälligen Beachtung.

Unsere Expedition ist morgen
Sonntag den 20. Juli nur Vormittags bis 9 Uhr
geschlossen.

Expedition des Leipziger Tageblattes.

Bekanntmachung.

Das 23. und 24. Stück des diesjährigen Reichs-Gesetzblattes sind bei uns eingegangen und werden bis
zum 5. August d. J. auf dem Rathhaussaale öffentlich ausliegen.

Dieselben enthalten:
Nr. 1313. Gesetz, betreffend die Controle des Reichshaushalts für das Etatsjahr 1878/79 und des
Landeshaushalts von Elsaß-Lothringen für die Rechnungsperiode vom 31. März 1879.

Nr. 1314. Gesetz, betreffend die Feststellung eines zweiten Nachtrags zum Reichshaushalt-Gesetz für das
Etatsjahr 1879/80. Vom 6. Juli 1879.

Nr. 1315. Behördenordnung für Reichsanwälte. Vom 7. Juli 1879.

Nr. 1316. Allerhöchster Erlaß, betreffend die Errichtung des Reichsamts für die Verwaltung der Reichs-
eisenbahnen. Vom 27. Mai 1878.

Leipzig, den 18. Juli 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georg. Bangemann.

Bekanntmachung.

In Gemäßheit des Finanzgesetzes vom 5. Juli vorigen Jahres und der Ausführungsverordnung hierzu
vom 9. November desselben Jahres ist der zweite Termin der Staats-Einkommensteuer
am 15. Juli d. J.

zu einem Dritteltheile des Gesamtbetrags fällig, und werden die hiesigen Steuerpflichtigen hierdurch
aufgefordert, ihre Steuerbeträge unanfällig und spätestens binnen 3 Wochen nach demselben an die
Stadt-Steuer-Einnahme, Brühl 61, Blauer Harnisch, 2. Stock, bei Vermeidung der nach Ablauf dieser Frist
wegen der Säumnisse eintretenden gesetzlichen Maßnahmen abzuführen.
Leipzig, am 18. Juli 1879. Der Rath der Stadt Leipzig Dr. Georg. Laube.

Bekanntmachung.

Die Fahrstraßen der Kleinen und eines Theils der Großen Fleischergasse sollen umgepflastert und die
damit verbundenen Arbeiten an einen Unternehmer in Accord vergeben werden.
Die Bedingungen und Zeichnungen für diese Arbeiten liegen in unserem Ingenieur-Bureau, Rath-
haus, 2. Etage, Zimmer Nr. 18 aus und können daselbst eingesehen resp. entnommen werden.
Beygliche Offerten sind versiegelt und mit der Aufschrift:

„Pflasterung in der Kleinen Fleischergasse“
versehen ebendasselbe und zwar
bis zum 24. Juli d. J., Nachmittags 5 Uhr,
einzureichen.
Leipzig, den 17. Juli 1879. Der Rath der Stadt Leipzig. Dr. Georg. Bangemann.

Reichskanzler und Centrum.

Vor Jahresfrist angeführt haben in Riffingen
die Besprechungen des Reichskanzlers mit dem
Kardinal Wapella stattgefunden, deren Resultate
leidend in einer zunehmenden Abschwächung des
Culturkampfes sichtbar wurden. Jetzt weiß der
Kanzler wieder in Riffingen und ein freilich noch
nicht verhängtes Gerücht stellt auch die Antankst
des Kardinals an jenem Badeorte wieder in
Aussicht.

Wenn auch die Verhandlungen mit der Curie
nicht gerade in Riffingen wieder aufgenommen
werden, so berechtigt doch schon die Ernennung
eines neuen Cultusministers, der im Culturkampf
keineswegs compromittirt ist, dessen ganze kirchliche
Richtung vielmehr eine principielle Abweichung von
der Politik seines Vorgängers in Aussicht stellt,
zu der Annahme, daß jetzt die Verhandlungen um
einen Friedensschluß, wenn sie abgebrochen waren,
wieder aufgenommen werden, oder, wenn sie immer
ihren langsame Fortgang gehabt, in regeren
Fortschritt kommen.

Nachheft es an jedem Anhaltspunkte, um sich
ein Urtheil zu bilden, auf welcher Grundlage der
Friedensschluß oder auch nur der modus vivendi
mit der katholischen Kirche Aussicht hat, zum
Abschluß zu kommen. Weber hat das Centrum
seine Forderungen bestimmt und klar im Einzelnen
formulirt, noch hat die Regierung Andeutungen
gemacht, welche Punkte der neuen kirchlichen Ge-
setzgebung sie etwa preisgeben geneigt sei. Allein
der ganzen Situation nach muß diese Angelegenheit
jezt bald ihre Erledigung finden. Das Centrum
wird, nachdem es den künftigen Preis in neuen
Steuern bezahlt hat, nunmehr auch die reelle
Blaue sehen wollen, sonst wird eben einfach wie-
der Abschwächung commandirt. Und die Regierung
hat sich in eine Situation begeben, in der sie der
Unterstützung des Centrum nicht mehr entbehren
kann. Eine nur aus den Conservativen gebildete
Landtags- oder Reichstags-Majorität wird auch
der hoffnungsvollste Freund der Regierung nicht
für möglich halten; man wird also, nachdem der
Druck mit dem Liberalismus in aller Form pro-
clamirt ist, immer die Hälfte des Centrum in
Anspruch nehmen müssen, und in dieser Zwangs-
lage ist die Nöthigung enthalten, bald Klarheit in
den kirchenpolitischen Fragen zu schaffen.

Das Centrum hat noch manche Gaben zu ver-
geben. Warum sollte es nicht im nächsten Land-
tage die Eisenbahnpolitik des Reichskanzlers durch-
zuführen helfen, warum sollte es nicht auch der Ver-
längerung der Budgetperiode zustimmen? Mit
leeren Hoffnungen und Hoffnungen wird es sich
jedoch nicht abspesen lassen. Die weitere Ent-
wickelung der neuen parlamentarischen Situation
dürfte sich in den nächsten Wochen im Hintergrund
abspielen; den Erfolg werden wir wohl sehen,
wenn der neue Cultusminister zum ersten Mal
vor dem Landtag erscheint.

Politische Uebersicht.

Leipzig, 18. Juli.

Die Vorbereitungen für die presen-
tialen Landtagswahlen kommen schon jetzt
allmählich in Fluß. Die Fortschrittspartei ist am
Tage des Reichstagschlusses mit einem Wahlan-
satz vorangegangen, der kurz und knapp die
Situation und die anzustrebenden Ziele vom for-
tschrittlichen Standpunkte beleuchtet. Der „Ger-
mania“ zufolge hat auch das Centrum bereits
einen neuen Wahlanlauf festgesetzt, der demnach
zur Veröffentlichung gelangen soll. Die „Kreuz-
zeitung“ fordert die conservativen Partei auf, recht-

zeitig in Action zu treten, da es ohne rege Thä-
tigkeit nicht gelingen werde, die liberalen Wahl-
agitationen unwirksam zu machen, und die ange-
blichen Erfolge nicht zu dem Wahne verleiten dürf-
ten, als ob bei den nächsten Wahlen von selbst
ein conservatives Abgeordnetenhaus gewählt werden
würde. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“
bringt schon lange Wahlartikel, und es ist nicht
daran zu zweifeln, daß der Einfluß der Regierung
in dem bevorstehenden Wahlkampf noch energischer
gegen die liberalen Parteien ausgetrieben wird, als
im vorigen Sommer. Wir registriren diese
Symptome einer ungewöhnlich früh und lebhaft
beginnenden Wahlagitation nur, um auch unsere
Parteiengenossen im Lande an Eifer und Wachsam-
keit zu mahnen.

Die ultramontane Opposition gegen
die Politik des Centrum hat einen ersten
Erfolg in Bayern zu verzeichnen. In dem ober-
bayerischen Wahlkreis Reutath ist an Stelle des
verstorbenen Abg. Rindner mit erblühender Ma-
jorität ein Dr. Schäfer zum Abgeordneten ge-
wählt worden, welcher der extrem-katholischen
Partei angehört, von Dr. Sigl in ganz besondere
Protection genommen wurde und in seinem Wochen-
blatt „Das Kreuz“ mit dem „Bayerischen Vaterland“
mittheilt. Dr. Schäfer ist vor wenigen Tagen zum
bayerischen Landtagsabgeordneten und nun auch zum
Reichstagsabgeordneten gewählt worden, und zwar
mit der ausdrücklichen Erklärung, weder der bayeri-
sch-patriotischen Fraktion, noch dem Centrum
beizutreten. „In rein politischen Dingen“, er-
klärte der Candidat, „hat das Centrum oft gefehlt,
weil es eben zum größten Theil aus Preußen be-
steht, und in der Zoll- und Steuerfrage Stimme
ich ihm gar nicht bei.“ Der Reichstag hat damit
einen Vertreter jener „katholischen Volkspartei“
gewonnen, die bereits im bayerischen Landtag die
Verfechter der „patriotischen“ Fraktion des ge-
mäßigten Ultramontanismus so erfolgreich betrieben
hat, sicherlich eine interessante Bereicherung. Der
Fall würde schmerzlich vermissen, wenn jetzt
allgemeine Reichstagswahlen bevorstünden.

Wie der „Post“ unterm 16. Juli von der
sächsischen Grenze geschrieben wird, erklärte in
einer Versammlung der Wähler des ersten säch-
sischen Wahlkreises am 18. April in Zittau
der Reichstagsabgeordnete Dr. Rensch aus
freien Stücken, daß er für den alten Satz des
Rasteyollis und für einen Zoll von höchstens zwei
Mark für Petroleum stimmen werde. Den Ge-
treuejoll erklärte er bewilligen zu wollen, da er
in der von der Tarifcommission vorgeschlagenen
Höhe keine Gefahr einer merklichen Vertheuerung
des Roggens, der doch die Hauptnahrung des
Arbeiterstandes bilde, erblicken könne. Dr. Rensch
hat für den höheren Rasteyoll, für den Petroleum-
zoll in Höhe von 6 Mk. und für den verdoppelten
Roggenzoll gestimmt. Das Endergebnis der Zoll-
reform, um deren Zustandekommen sich Dr. Rensch
hinter den Consilien viel bemüht hat, ist, daß zwar
die Eisenindustriellen, deren Geschäftsführer Dr.
Rensch ist, ihren Willen durchgesetzt haben, aber
die bedeutendsten Industriezweige des Zittauer Be-
zirks, sowie die Gesamtheit der Wähler, erstere
durch die Grenzölle, letztere durch die Finanzölle
auf Getreide, Petroleum, Kaffee, Schmalz u. s. w.
geschädigt sind. Die Zittauer Liberalen schütz-
licher Richtung haben durch die Wahl des Dr.
Rensch den Eisenindustriellen die Rastanien aus
dem Feuer geholt und sich dabei die Finger ver-
brannt. Vielleicht hat es die Wirkung, daß sich
die Liberalen von Zittau nicht wieder als Ver-
fechter der Schutzölle mißbrauchen lassen, wie
Das bei der letzten Wahl der Fall gewesen ist.
Bereits wird in der „Oberlausitzer Volkszeitung“

eine entschiedene Mißbilligung des Verhaltens des
Abgeordneten Rensch angeregt.

Ein Wiener Correspondent der „Post“ Bg.“
hatte das künftige, aus den Neuwahlen hervor-
gegangene österreichische Abgeordnetenhaus
dabin charakterisirt, daß dasselbe nichts weiter als
ein anderes „Herrenhaus“ sei. Um diese Behaup-
tung beweisen zu können, hat sich derselbe die Mühe
gemacht, zu erforschen, wie die einzelnen Stände
und Gesellschaftsclassen im neuen Abgeordne-
tenhause vertreten sind. Das Ergebnis weist auf die
zweite Kammer des Reichsraths ein eigenthüm-
liches Licht:

Im Ganzen zählt das neue Abgeordnetenhaus 64
Abgeordnete, welche als specielle Vertreter ihrer Standes-
interessen und ihrer privilegiirten Stellung im Staate
anzusehen sind. Darunter befinden sich: 3 Fürsten,
33 Grafen und 9 (italienische) Comte, was ungefähr
mit Graf gleichbedeutend ist, 27 Freireiter und 25
Ritter und Adle. Bei dieser Zusammenstellung ist
auch jene „Herren von“, denen der Adel wegen ihrer
Verdienste um Staat und Gesellschaft verliehen wurde,
gar keine Rücksicht genommen, weil dieselben freige-
gebenen Herren die Vertheidigung der adelichen Standes-
interessen ganz fern liegt. Solcher jungen „Ritter“
gibt es 10. Den Adeligen stehen an Zahl die Ad-
vocaten am nächsten. Es gibt 48 Advocaten aller
Nationalitäten, darunter etwa 20 „liberale“. Trotz
dem alle Anstrengungen darauf gerichtet waren, den Ge-
werb und der Industrie eine numerisch starke Ver-
tretung zu verschaffen, sind doch nur 28 Fabrikanten,
Kaufleute und Bankiers hineingelangt. Ferner be-
finden 48 Abgeordnete Staatsbeamten als Pro-
fessoren, Richter, Notare, politische Beamte u. s. w.
Die Zahl der letzteren ist gering, da Graf Lauffe den
Staatsbältern und Beamtenthauptleuten jede Candidatur
unterlagte und die Gewählten zur Niederlegung der
Mandate zwingt. In diese Zahl von 42 sind die
activen und pensionirten Rittmeister, Hofräthe u. s. w.
eingerechnet. Der Rest von 190 Abgeordneten —
das Haus zählt 283 Deputirte — vertheilt sich auf
die Bauern, Geistlichen, Privaten, Handelskammer-
secretäre, Eisenbahndirectoren, welche die Hälfte fast
um Mandate buhlen u. s. w. Auch 4 Schriftsteller
sind unter den Abgeordneten, leider keine hervor-
ragenden Vertreter der Schriftstellerwelt.

Die neuesten Depeschen aus Bukarest melden
die Demission des Ministeriums Bra-
tiano. Das liberale Cabinet hat zwar bei den
Wahlen in der Kammer die Zweidrittel-Majorität
und im Senate die einfache Mehrheit erlangt;
aber in der Hauptfrage der Session, in der Frage
der Durchführung des Artikels 44 des Berliner
Vertrages, betreffend die Gleichberechtigung der
Confessionen, trat es in den Kammern auf
einen so zähen Widerstand, daß ihm schließ-
lich Nichts übrig blieb, als von dem kaiserlichen
Entlasse auf zu erbitten. Man kann dem Mini-
sterium Bratiano das Zeugnis nicht versagen —
schreibt die „N. Fr. Pr.“ — daß es in der dornen-
vollen Frage der Judenemancipation mit Klugheit
und Mäßigkeit vorgegangen ist. Nachdem die
Kammerfractionen den bekannten Gesetzentwurf,
welcher die confessionelle Gleichberechtigung an das
Heimathrecht knüpft und dieses wieder von
Fall zu Fall von einem Beschlusse der Kammer
abhängig macht, vorgelegt hatten, ließ es das
Cabinet an einbringlichen Vorstellungen nicht
fehlen. Aber sowohl diese als auch die nachdrück-
lichen Mahnungen der Signatarmächte waren
vergeblich. Nicht einmal der ziemlich dehnbare
Vorschlag der Regierung, in die Verfassung ledig-
lich das im Artikel 44 enthaltene Princip auf-
zunehmen und sodann die Ratification der Aus-
länder im Wege der gewöhnlichen Gesetzgebung zu
bestimmen — ein Vorschlag, der es noch immer
in die Hand der Kammer gelegt hätte, den Juden
die Erlangung des Heimathrechts zu erschweren
und so zu verhüten, daß alle Juden Rumänien

mit einem Schlage der vollen bürgerlichen Gleich-
berechtigung theilhaftig geworden wären, fand
Gnade vor den verbissenen und wohl auch durch
strenge Einflüsse gebildeten Bojaren.

Aus Belgrad wird gemeldet, daß daselbst eine
partielle Ministerkrisis ausgebrochen sei, welche
jedoch des politischen Hintergrundes entbehrt. Der
Minister des Innern, Radivoj Milojovic, hat
aus Gesundheits- und Familien-Rücksichten um
seine Enthebung von diesem Posten angefleht und
daran zugleich die Bitte geknüpft, ihm eine er-
lebigte Gesundheitsstelle, die seine Thätigkeit in
minderem Grade als bisher in Anspruch nehmen
würde, zu verleihen. Dem Beschlusse des Minister-
rathes gemäß hat nun Minister-Präsident Ristic
dem Fürsten vorgeschlagen, Radivoj Milojovic
zum Gesandten in Paris und den General
Belimarovic zum Gesandten in Wien zu er-
nennen. Fürst Milan hat die Demission Milojovic's
angenommen und den Minister-Präsidenten Ristic
beauftragt, ihm einen Candidaten für den
erlebigten Posten des Ministers des Innern vor-
zuschlagen. Für letzteren Posten scheint der bis-
herige Staatssecretair Kosta Jovanovic anzu-
sehen zu sein. — Wie in vorigen Regierung-
kreisen verlautet, gedankt Serbien die Lösung der
Judenfrage in Rumänien abzuwarten und erst
dann diese Angelegenheit der großen Slavophina
vorzulegen. Es wird hinzugefügt, daß die Juden-
frage in Serbien mindere Wichtigkeit hat, da in
diesem Lande etwa 3-4000 Israeliten leben,
welche beinahe alle jüdische Unterthanen sind.

Französische Blätter bringen telegraphische Mit-
theilungen über den Ausbruch von Unruhen in
Rumelien. In Ragrad hat eine Erhebung
stattgefunden, über deren Umfang und Tendenzen
indefinit noch nichts Näheres bekannt geworden ist.
Aus dem Umstande indeß, daß nur eine sehr ge-
ringe Anzahl von Truppen — 350 Mann der
17. bulgarischen Division von Russisch — zur
Bewältigung dieser Unruhen ausgedient worden
ist, glaubt man, auf ihren wesentlichen localen
Charakter schließen zu dürfen. Die Nachricht, daß
die Insurgenten sich der Strafgenossen bis Jamboli
bemächtigt haben, erscheint insofern unwahrschein-
lich, als die aus Philippopol und Umgebung rück-
gehenden russischen Truppen nach amtlicher Mel-
dung gerade jetzt auf ihrem Marsche Jamboli
passiren. Die ostrumelische Regierung hat übrigens
infolge des Abmarsches der russischen Truppen
von Philippopol 512 Mann zur Aufrechterhaltung
der Ordnung nach Germanien abgedenkt.

In Frankreich droht zwischen den beiden
Kammern anlässlich der Frage der Rückver-
legung der Kammer nach Paris ein Con-
flikt, da die Deputirtenkammer auf der Forderung
besteht, daß das Recht der Truppenrequisition den
Präsidenten beider Häuser direct, also ohne die
Bemittelung des Kriegsministers, zustehen soll.
Die „Rép. Française“ widmet diesem neuesten
Conflite eine eingehende Betrachtung und bemerkt
zum Schluß: „Es liegt ein entscheidender Grund
vor, welcher die Annahme des Artikels 5, wie er
von der Deputirtenkammer votirt worden ist, bestim-
men muß. So lange nämlich die Exekutivgewalt
und das Kriegsministerium sich in lokalen Dingen
befinden, wird das gute Einvernehmen sich von
selbst ergeben, und das den Präsidenten der beiden
Kammern zustehende Recht der directen Requisition
wird keine Schwierigkeit bieten; im entgegen-
gesetzten Falle ist dieses Recht unumgänglich nöthig,
dasselbe kann sogar die Rettung der Repu-
blik werden.“ Da auch das von der Deputirten-
kammer angenommene Unterrechtsgesetz im
Senate am lebhaftesten Widerstand stößt, so
darf man in beiden Häusern für die nächste